

Berliner Tageblatt

Nr. 484

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 13. Oktober 1926

Druck und Verlag von Rudolf Roske in Berlin.

Fraktionsbesprechungen im Landtag.

Parteien und Hohenzollern-Vergleich.

Morgen Besprechung der Regierungsparteien über die Frage einer eventuellen Regierungsumbildung.

In den Wandelhallen des preussischen Landtags war heute mittag naturgemäß der Skandal, der sich gestern nachmittag abend abspielte hat, Gegenstand eifriger Besprechungen und Gespräche. Im übrigen wurde auch vielfach die Tatsache besprochen, daß die demokratischen Abgeordneten Professor Dr. Grepler-Barnum und Rektor Hermann-Preußler bei den namentlichen Abstimmungen gegen den Vergleichsvorschlag mit den Hohenzollern gestimmt haben. Wie wir hören, stehen die beiden Abgeordneten auf dem Standpunkt, daß sie auch bei voller Würdigung der schwierigen Lage und in Berücksichtigung der Haltung der Gesamtkonfraktion es persönlich nicht verantworten können, dem Vergleichsvorschlag in der vorliegenden Form zustimmen zu können. Außerdem haben mehrere andere Abgeordnete der demokratischen Landtagsfraktion, die sich im Laufe des Besprechens, der Abstimmung nicht teilgenommen. Die demokratische Landtagsfraktion ist heute früh einer Sitzung zusammengetreten, in der selbstverständlich auch die gestrigen Vorgänge besprochen wurden. Die Verhandlungen wurden für streng vertraulich erklärt. Darüber hinaus hat die Konfraktion zur heutigen Tagesordnung Stellung genommen. In der Fortsetzung der Debatte über die Magdeburger Vorläufe im Falle Haas-Schröder werden von der demokratischen Landtagsfraktion die Abgeordneten Dr. Fall (Köln) und Dr. Ohner (Magdeburg) sprechen.

gut unterrichteter Seite erfahren, ist man in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion heute zu der Besprechung einer eventuellen Regierungsumbildung nicht mehr gekommen. Es wurden vielmehr lediglich die Vorgänge des gestrigen Tages besprochen. Die Sozialdemokratie wird wie wir weiter erfahren, im Landtag an ihrer Stellung, bei der Abstimmung über den Vergleichsvorschlag in der dritten Sitzung am Freitag Stimmhaltung zu üben, festhalten. Innerhalb ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein Teil gegen den Vergleichsvorschlag stimmen wird; Fraktionszwang wird die Sozialdemokratie in dieser Frage nicht ausüben.

Es ist für morgen vormittag eine neue Sitzung der Landtagsfraktion der Sozialdemokraten anberaumt, in der die Frage der Umbildung der Regierung in Preußen auf der Tagesordnung steht. Jedoch ist es fraglich, ob die Sozialdemokraten morgen zur Behandlung dieser Frage kommen werden. In der sozialdemokratischen Landtagsfraktion steht man auf dem Standpunkt, daß die Behandlung einer eventuellen Regierungsumbildungsfrage nicht überstürzt werden sollte. Vermutlich wird also die sozialdemokratische Landtagsfraktion offiziell erst nach der Pause, die am Freitag dieser Woche beginnt und bis 3. November, dem Tage des Wiederzusammentritts zum Reichstag dauert, zu der Frage der Regierungsumbildung Stellung nehmen. Jedoch ist die Sozialdemokratie bereit, im Falle, daß Minister Braun Verhandlungen in der Zwischenzeit einleiten sollte, Vertreter zu diesen Verhandlungen zu entsenden.

Wie wir weiter erfahren, hat nunmehr auf Grund der Initiative der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags Ministerpräsident Braun die Vertreter der Regierungsparteien in Preußen (Zentrum, Zentrum und Sozialdemokraten) für morgen nachmittag zu einer Besprechung über die Frage der Regierungsumbildung eingeladen.

Die Deutschen in der Tschechoslowakei.

von Maximilian Müller-Jabusch.

Gestern hat sich in Prag ein Ereignis vollzogen, das zwar schon seit einigen Monaten vorbereitet wurde, das aber jetzt, da es Wirklichkeit geworden ist, doch noch überraschend wirkt. Das Beamtencabinet Gerny ist zurückgetreten, der Abgeordnete Svoboda, der früher schon einmal Ministerpräsident war, hat das neue Ministerium gebildet und von den Ministern des neuen Kabinetts sind zwei, der Arbeitsminister Dr. Spina und der Justizminister Dr. Mayer-Karling, Vertreter deutscher Parteien. Zum ersten Male beteiligten sich die Deutschen in der Tschechoslowakei an der Regierung des Landes, der sie bis vor wenigen Monaten schroff ablehnend gegenüberstanden. Das ist ein Ereignis, das in der Geschichte des jungen Staates epochenmachende Bedeutung hat.

Die bisherige Haltung der Deutschen ist nur zu verständlich. Die Tschechoslowakei ist entstanden mit einer Unwahrscheinlichkeit, sie hat das Recht auf ihre Existenz aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker abgeleitet — und niemand hätte das dem tschechischen Volk nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches verneint — aber sie ist kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat, und kaum ein Volk hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker so mißhandelt wie das Staatsvolk der Tschechoslowakei, die Tschechen. Selbst die Slowaken, die man vollständig zu assimilierten sich bemüht, sind nicht ganz glücklich über die Behandlung, die ihnen die Tschechen angedeihen lassen. Viel schlimmer aber ist die Behandlung, die die Deutschen in der Tschechoslowakei erdulden mußten. Im Norden, im Westen und im Süden bildet die deutsche Bevölkerung einen geschlossenen besiedelten Halbkreis über das tschechische Sprachgebiet, der bis 70 Kilometer breit ist. Das Gebiet umfaßt 16 000 Quadratkilometer (es gibt kleinere Länder in Europa). Daneben gibt es ansehnliche deutsche Sprachinseln und verstreute Minderheiten. Selbst nach der offiziellen Volkszählung von 1921 lebten in der Tschechoslowakei unter einer Gesamtbevölkerung von 13 317 172 nicht weniger als 3 123 448 Deutsche. Das sind 23,36 Prozent. Aber diese Zählung ist aus mancherlei Gründen anfechtbar. Aus den bei den Wahlen 1920 abgegebenen Stimmen kann man auf 3,9 Millionen schätzen. Dem hier ist die Prozentzahl der deutschen Stimmen 29,58 Prozent.

Es würde zu weit führen, wollte man alles das aufzählen, was das herrschende Staatsvolk im Kampfe gegen das Deutschtum getan hat, und es wäre nur alle Mühen wieder aufzuheben in einem für eine grundsätzliche Wandlung dieser Dinge bedeutsamen Zeitpunkt. Aber wenn jetzt eine Brücke über die Kluft geschlagen werden soll, die bisher Tschechen und Deutschen trennte, dann haben die Deutschen eine sehr ernste Rechnung vorzulegen, die erst anerkannt werden muß. Zugegeben, daß auch die Tschechen manches fordern werden, aber die deutsche Rechnung ist größer. Die Deutschen werden nicht Wucherzinsen fordern, aber bereinigt müssen diese Dinge werden, wenn die beiden Parteien in dem Hause, in dem sie nun einmal wohnen, sich friedlich und friedlich einrichten wollen. Mit Wahlfreiheit und mit dem peinlichen Soldatenwahlrecht hat man die Wahlen zu fröhlichen verurteilt. Alle Schichten der Verwaltung sind gegen die Deutschen angewandt worden. Die Währungsfinanzierung wurde benutzt, um die deutsche Industrie zu schwächen. Die Kriegsanleihe, die in der Hauptsache von den Deutschen gezeichnet war, sollte zunächst nicht anerkannt werden und wurde dann nur in einer Form anerkannt, die die Tschechen schädigte. Ein an Entzignung grenzendes Bodenreformgesetz wurde beschloffen und seine Durchführung von dem souveränen Vordenamt zu einer vielfachen Ausweitung von Tschechen in deutschem Gebiet benutzt; die Presse wurde schismatisiert, gegen die deutschen Zeitungen, deutsch geschriebene, aber tschechisch eingestellte Blätter gegründet. Schlimmer noch ist das, was man der deutschen Schule antun hat. Bis zum Herbst 1923 hatte man 2 000 deutsche Schulklassen eingehen lassen! Bereits 1920 aber hatten sich die tschechischen Schulen um 12,9 Prozent vermehrt, denn überall dort, wo man durch Verheirathungen und durch „Bodenreform“ tschechische Minderheiten geschaffen hatte, gründete man auch tschechische Schulen. Der Walefer Professor Daffinger, der ein ausgezeichnetes Buch über die Tschechoslowakei geschrieben hat, hat das Programm dieser Politik auf folgende Formeln gebracht: 1. Verminderung der politischen Rechte der ihrer Nationalität Bewußten; 2. Verminderung der politischen Rechte der ihrer Nationalität Bewußten; 3. Zerperlung der geschlossenen Wohngebiete der Nationalitäten; 4. Wirtschaftliche Begünstigung des Staatsvolkes auf Kosten der Minderheiten; 5. Entgüterung der Minderheiten. Darin ist alles enthalten!

In diesem Augenblick das alles zu verdrängen, wäre verfehlt, denn die Aufgabe, die die neuen deutschen Minister auf sich genommen haben, kann in ihrer ganzen Schwere nur bewältigt werden, wenn man weiß, was alles geschehen ist, und um so mehr muß ihr Mut hervorgerufen werden, denn der Entschluß zur Übernahme des Amtes bedeutet, aber auch auf der anderen Seite ist der Mut groß, denn die Bildung des neuen Kabinetts zweifelt nicht an der Möglichkeit der Vergangenheit beizutreten. Niemand wird den Tschechen die Loyalität beistimmen. Sie sind jahe, lebendig, leicht bemögligt, sich selbstbewußt, arbeitsam und tüchtig, aber ihre Entsetzungen haben

Die Verwaltung des deutschen Eigentums in Amerika.

in parlamentarischer Untersuchungsausschuss. — Die Freilagerträge.

(Funktelegamm unseres Korrespondenten.)

Washington, 13. Oktober.

Mit dem ergebnislosen Ausgang des Daugherty-Prozesses in New-York ist das letzte Wort über die Skandale bei der Verwaltung des ehemals feindlichen Eigentums noch keineswegs gesprochen. Es waren zwei gesetzliche Schritte, die die Verurteilung Daughertys und Millers im Wege standen. Vor der öffentlichen Meinung sind die beiden Männer trotzdem moralisch verurteilt. Die Presse der Parteiführungen stimmt darin überein, daß der Prozeß eine sehr schmutzige Affäre war. Es steht nun beim Senate, weitere Schritte zu tun und die beste Handhabung hierfür ist in dem während der vorigen Session gefassten Beschluß gegeben. Ein Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die ganze Verwaltung des feindlichen Eigentums seit Kriegsausbruch thematisch nachprüfen soll. Senator Borah ist Vorsitzender dieses Ausschusses und hat in dieser Eigenschaft bereits angekündigt, daß im Falle der Unzulänglichkeit dieser Schritte nachträglich aufgedeckt werden sollen. Bei dieser Gelegenheit werden auch Daugherty und Miller nochmals vorgeladen werden. Die gefasste Anweisung der Regierung auf Annullierung des Verkaufs der deutschen heimischen Patente wird dann im selben Zusammenhange nachmals zur Sprache kommen. Borah hofft, daß durch die planmäßige Untersuchung, die in aller Eile begonnen werden soll, die endgültige Regelung der deutschen Eigentumsfrage beschleunigt werden kann. Nach den ergebnislosen Beratungen in der vergangenen Session werden von der Regierung jetzt neue Anstrengungen gemacht, um einen wichtigen Beschluß über die Gefesgebung des Abgeordneten Green beizuführen. Ob das in der kurzen Tagung dieses Winters, die von im März zu Ende geht, möglich sein wird, bleibt allerdings zurzeit zweifelhaft.

Der Kampf gegen Biludfins Finanzminister.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

As, Warschau, 13. Oktober.

Bei dem Kampf gegen den Finanzminister Biludfin hat die Reichspresse sich bereits zur Fälligung von Dokumenten verhalten lassen. Ein neues Rechtsorgan vertritt gestern einen Brief des neu ernannten Direktors des parlamentars für den Generalmajor Dr. Boranoff, den das Blatt als den der nächsten Beamten im Finanzministerium bezeichnete. Boranoff forderte angeblich seine Entlassung, weil die Situation immer mehr verwickelte, und die Arbeit gegenüber der Bevölkerung unermöglicht sei. Heute teilt Dr. Boranoff mit, daß er einen Brief mit folgendem Wortlaut nie an den Finanzminister geschrieben habe. Er müsse ausdrücklich feststellen, daß er keinerlei Momente sehe, wonach die Situation demgemäß schlechter aufgeführt werden sollte, als vor einem oder zwei Monaten. Zum Schluß stellt er fest, daß auch die Gerüchte, er teile den ihm angebotenen Posten ab, nicht den Tatsachen entsprechen. Desgleichen vertritt der Zentralverband der bei den Finanzämtern angestellten Beamten einen offenen Brief, worin

die Hebe der Rechtsblätter gegen den jetzigen Finanzminister scharf beurteilt wird. Die vom Finanzminister vorgeschlagenen Personalveränderungen sind bereits vom Staatspräsidenten unterzeichnet worden. Die Demission des Präsidenten der Handelskammer, Stefanoff, wurde nicht angenommen. In Polen wird demnächst ein Regierungskommissar ernannt werden. Er wird mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet werden und kein Verkehrsministerium antizipieren.

Poincaré im Elsaß.

Der Ministerpräsident gegen die Räumung des Saargebietes. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 13. Oktober.

Poincaré hat in Straßburg vor seiner Abreise nach Limar verschiedene Persönlichkeiten empfangen. Er hatte zunächst eine lange Unterredung mit dem Straßburger Erzbischof und dem Vorsitzenden der Liga der elbsässigen Katholiken. Ferner empfing der Ministerpräsident die Senatoren und Abgeordneten des Niederrheins sowie Vertreter der evangelischen, katholischen und jüdischen Kirche. Mit dem Vorsitzenden des Gerichts präside Poincaré die Sprechentfrage bei den Unterredungen und Gerichtsbehörden. Des weiteren hatte der Ministerpräsident Unterredungen mit dem Vorsitzenden der Straßburger Handelskammer, dem Hafendirektor, einer Beamtendelegation und Vertretern der Handelsverbände. Der Ministerpräsident versprach, alle Anregungen zu prüfen.

Den Vertretern der Handelsverbände erklärte Poincaré auf eine Frage, daß für den Augenblick von keiner Veränderung des wirtschaftlichen Status im Saargebiet die Rede sein könne. Die in der deutschen Presse verbreiteten Gerüchte von einer Räumung des Saargebietes seien unzutreffend. Die Regierung habe nicht die Absicht, das Saargebiet vor dem festgesetzten Termin aufzugeben.

Aus weiteren Erklärungen, die der Ministerpräsident den verschiedenen Besuchern gegenüber gemacht hat, geht hervor, daß bei den Bestrafungen der an der autonomistischen Bewegung beteiligten Personen für letzte Vergehen Nachsicht geübt wird, während die Bestrafungen für die schwereren Vergehen unverändert bleiben sollen.

Die Unterhaltung Krassin-Chamberlain.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 13. Oktober.

Wie hier verlautet, hat die gestrige Unterredung zwischen Chamberlain und Krassin natürlich zu keinen konkreten Resultaten geführt. Krassin soll der Hoffnung Ausdruck verliehen haben, daß es möglich sein werde, eine Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen aufzubrengen zu bringen, und daß England Kostan gewisse Handelskredite gewähren würde. Die dann dem englisch-russischen Handel zugute kommen sollten. Chamberlain soll hierzu Krassin erwidert haben, daß er bereits seinem Vorgänger Ratowitsch erklärt habe, daß die antibrutische Propaganda der Sowjetregierung natürlich nicht dazu beitragen würde, von der Sowjetregierung gewünschte Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zu erleichtern.